



Schärfere Konturen in den Stellenabbau

und von der gelebten römischen Strategie „Divide et impera“



Bis 2014 haben wir versucht, das Personal mit den Ausbildungsabgängen gerechter zu verteilen, damit das Minus in etwa überall gleich aussieht. Was jetzt aber greift, ist die personelle Lücke zwischen Altersabgangs- und Neueinstellungszahlen. Die Landesregierung hat es so beschlossen und trotzdem haben die Politiker Angst davor, die Farbe auf die längst erkennbaren Konturen der Streichungen aufzubringen. Im kommenden Doppelhaushalt gilt es 260 gestrichene Beamtenstellen konkret zu unterlegen und bis 2020 die Streichung eines Drittels aller Tarifbeschäftigtenstellen zu fixieren. Wo aber streicht man bzw. wen oder was schafft man ab? Die Rede ist von der Streichung einer Einsatzhundertschaft, aber man weiß, dass Bundesvorgaben dies gar nicht zuließe. Man redet von der Umwandlung einiger Polizeidienststellen in Standorte für nur noch zwei oder drei Kontaktbereichsbeamte, fürchtet aber den Druck aus der Kommunalpolitik.

Am leichtesten streichen sich da immer die Stellen des ohnehin nicht vorhandenen Personals, womit man einfach das IST einer Dienststelle zu ihrem neuen SOLL macht. Doch auch das geht nicht unendlich. Entweder ist unsere Regierung in der Lage, solche Aussagen zum Doppelhaushalt mit „Ross und Reiter“ zu treffen, oder man wird zumindest unserer Ministerpräsidentin und ihrem Finanzminister dies als Unvermögen vorwerfen. Innere Sicherheit ist und bleibt nicht nur aus Sicht der GdP ein Wahlkampfthema, das empfinden auch

unsere Bürgerinnen und Bürger so. Bis jetzt gibt es bei den Reden im Land von Mike Mohring aber keinerlei Bestandteile zu diesem Thema. Wir verlagern damit das Problem mitten in den Wahlkampf hinein und dazu können wir der CDU nur herzlich gratulieren!

Es wird eine sehr schmerzliche Erfahrung geben, wenn man uns als Gewerkschaft in diesen Tagen nicht doch noch aufmerksamer zuhört! Wir werden zum Beispiel nicht tatenlos zusehen, wie man unser Musikorchester einfach abschafft. Gerade die Einheit, über die man niemals eine Beschwerde erhalten wird und mit der man als Politiker im Land nur punkten kann, wird dem Tode geweiht. Zum Glück kämpfen da aber auch namhafte CDU-Politiker an unserer Seite um die manchmal so liebevoll bezeichnete „Kapelle“.

Auf ein Problem macht unser Orchester sehr anschaulich aufmerksam. Man kann eben nicht einfach mal Trompeter einsparen. Das hieße nämlich, dass man alle Musikstücke, die eine Trompete vorsehen, eben nicht mehr spielen kann und genau das trifft regelmäßig auch für Aufgaben der Polizei oder ihre Verwaltung zu. Für Aufgaben, zu denen ich kein Personal mehr habe, kann ich auch nicht mehr gerufen werden. Man kann nicht einfach festlegen, dass heute einer die Arbeit von vorher vier Kollegen erledigen soll, ohne dabei Aufgabepakete abzuwerfen. Die GdP fordert zur Entlastung des Vollzugsdienstes von polizeifremden Tätigkeiten mehr Tarifbeschäftigte und andere versprechen „Mehr BLAU auf die Straße“ und schaffen Tarifbeschäftigte ab.

Durch „Teile und herrsche“ regiert man uns mit jenem Prinzip, mit dem schon die alten Römer ihr eigenes und benachbarte Völker in Untergruppen aufspalteten, damit sie leichter zu beherrschen oder zu besiegen waren. Bei nüchterner Betrachtung zielt selbst die angestrebte Y-Ausbildung auf ein Auseinanderdividieren der Polizei ab. Warum sollte der Beamte einer regionalen Ermittlergruppe denn eine andere Ausbildung bekommen als der Ermittler bei

der Kriminalpolizei? Man macht damit rückschrittlich weniger als ein Drittel der Polizei wieder zu einer elitären Einheit und weiß genau um die Tatsache, dass es „Spurenvernichtungskommandos“ auf beiden Seiten gibt, wie um die Gewissheit, wer eigentlich den entscheidenden „Ersten Angriff“ führt oder wer zuweilen nach dem Prinzip „Wir kommen noch früh genug zu spät!“ arbeitet.

Auf Ebene der Behördenleiter arbeitete man anstelle der Kommunikation mit den Unterstellten zu lange nach dem Prinzip des Führens durch Disziplinar- oder Strafverfahren. Damit verlagerte man das persönliche Kommunikationserfordernis mit einem Kollegen in ein Verwaltungshandeln durch andere Amtswalter. Weitestgehend haben wir als GdP dieses System zerschlagen können. Zumindest belegen die Verfahrenszahlen ein deutliches Umdenken, zu dem letztlich auch vom Minister selbst aufgerufen wurde. Doch oberhalb der Führung unserer Polizeibehörde und unterhalb des Ministers haben wir noch einen Führungsstil, dessen deutsche oder lateinische Bezeichnung ich nicht kenne. Er besteht darin, sich einen Beamten des höheren Dienstes auszugucken, in die Heißmangel zu nehmen und in die Ecke zu drücken, währenddessen alle anderen nach unten schauen und froh sind, nicht selbst betroffen zu sein. Sie gehorchen dem System.

Was dadurch aber entsteht, ist ein hausgemachtes „Gesamtproblem des höheren Dienstes“. Mit nur noch zwei oder drei Verbündeten des höheren Dienstes im Hause TIM vermag man die Polizei nicht mehr zu führen. Wer bodenständig sein will, bedarf eines umfangreichen Netzwerkes und muss viel Vertrauen zu geben bereit sein. Das Einsetzen von Jagdhunden und erfundene Geschichten zur Begründung für Disziplinierungs- und Versetzungsmaßnahmen haben eher nichts bodenständiges, sondern mehr von einem Ruf nach Ablösung.

Marko Grosa,
Landesvorsitzender



„Am Schrottplatz schon angekommen“ nennt ein Leser folgende Zusage:

Ich durfte zu einem Seminar für eine Woche nach Meiningen reisen. Bei dem Seminar handelt es sich um das Grundmodul Fahrsicherheitstraining 1 und 2. Im Vorfeld möchte ich betonen, die Fahrsicherheitstrainer haben sich wirklich alle Mühe der Welt gegeben, mit den vorhandenen Mitteln das Beste daraus zu machen.

Bei dem Training, was übrigens jeder Polizeivollzugsbeamte mindestens einmal im Jahr absolvieren sollte, wurde uns nicht das Fahren beigebracht, denn das ist nicht der Sinn und die Aufgabe des Lehrganges. Es wurde uns die Extreme aufgezeigt, die mit einem Fahrzeug passieren können. Wir sollten erlernen, in brisanten Fahrsituationen das Fahrzeug sicher zu beherrschen, um Schaden von uns, von anderen und von Sachen abzuwenden. Es geht darum, ein Fahrzeug schnell und sicher vorwärts und rückwärts zu bewegen und ein Gefühl dafür zu bekommen, auf was im Extremfall hauptsächlich geachtet werden muss und auf was nicht.

Die Fahrzeuge mussten für das Training aus den Dienststellen mitgebracht werden, was wahrscheinlich die „große

Freude“ der Mitarbeiter Führungs- und Einsatzmittel (Ma FEM) auslöste. Das Training beansprucht eben die Fahrzeuge über das übliche Maß hinaus. Wir sollen ja auch die Extreme so realistisch wie möglich üben und lernen, damit umzugehen. Diese Fahrmanöver gehen an die Belastungsgrenze eines Fahrzeuges und sind nicht alltäglich im Streifendienst zu finden, können aber vorkommen und deshalb ist es so wichtig zu üben.

Wir sind jeden Tag von Meiningen nach Eisenach gereist, um dort auf den Trainingsplatz zu kommen. Das wunderte mich schon sehr, denn die Fahrt nimmt ja einiges an Ausbildungszeit weg. Nach der Ausbildung müssen die Fahrzeuge ja wieder zurück nach Meiningen und die kleinen Schäden an der Bereifung fahren auch mit. Ein T4 hat bereits am ersten Tag mit Kuppelungsschaden den Geist aufgegeben. Das Fahrzeug hätte im Ernstfall auch keine Extremfahrt überstanden.

Die Übungen enthalten unter anderem Bremsmanöver mit höheren Geschwindigkeiten, das Durchfahren von Pylonen sowie plötzliche Ausweichmanöver von Hindernissen auf der Fahrbahn, die üblicherweise bei einer Einsatzfahrt mit Sonder- und Wegerechten vorkommen können.

Ich fuhr mit einem modernen Einsatzfahrzeug der Thüringer Polizei ein Manöver, wo es um das Ausweichen eines Hindernisses mit einer Geschwindigkeit um die 100 km/h ging. Bei dieser Fahrt, dabei handelt es sich nicht um Minuten sondern um Sekunden, ist das ESP, ABS und die Lenkunterstützung ausgefallen (ganz leichtes Handling des Lenkrades, als wäre die Lenkstange abgebrochen). Jetzt das Fahrmanöver noch halbwegs sicher beenden, was mir zum Glück noch recht gut gelang. Selbst die Trainer waren erstaunt, dass ich den Wagen trotz des Ausfalles noch halbwegs ohne größeren Schaden zum Stehen bekommen habe. Das war sehr realitätsnah und hätte im Ernstfall bei 150 oder mehr km/h in der Leitplanke geendet oder wäre mit dem Tode bestraft worden.

Nun zum Schrottplatz. Nachdem ich den Kollegen gefragt habe, wer wartet denn diese Fahrzeuge, kam zur Antwort, die werden auf dem Schrottplatz instand gesetzt. Die Antwort machte mich innerlich wütend. Wir haben in Thüringen hochmoderne Fahrzeuge zur Bekämpfung von schweren Verkehrsverstößen angeschafft. Die Kolleginnen und Kollegen, die mit solchen Fahrzeugen Tag für Tag ihren Dienst in Extremsituationen verrichten, müssen sich auf

die bereitgestellte Technik blind verlassen können. Sie müssen darauf vertrauen können, dass die Fahrzeuge hohen Belastungen standhalten. Wir bringen solche hochsensiblen Fahrzeuge zum Instandsetzen auf einen Schrottplatz?

Dieser mag ja eine Werkstatt haben, doch ist man dort wirklich in der Lage, mit solch sensibler und mit Elektronik vollgestopfter Technik, die untereinander abgestimmt werden muss, umzugehen? Ist das die neue Masche, Sparen bist der erste Kollege im Dienst zu Tode gekommen ist, weil die Technik versagt hat? Wie weit treiben wir den Sparwahnsinn denn noch, meine Herren Verantwortlichen?

Um bei sparen und billig zu bleiben, hier noch ein Beispiel. Das Bildungszentrum verfügt über einen Fahrsimulator, der mich persönlich und auch andere Kollegen aus dem Seminar kurz vor die Brechgrenze getrieben hat. Der Mageninhalt könnte bei einer Fahrt recht schnell auf dem Armaturenbrett landen oder der Defibrillator müsste zum Einsatz kommen, um den plötzlichen Herztod zu verhindern.

Dieser Simulator verarscht das Gehirn, denn bei einer Kurvenfahrt oder einem Bremsmanöver bewegt sich zumindest mein Pkw und sicher auch die der anderen, aber nicht der Simulator. Was soll dieses Gerät simulieren? Der Pilot eines Passagier- oder Kampffluges übt auch in einem Simulator, doch der steht nicht starr herum, sondern bewegt sich entsprechend der Flugmanöver, die durchgeführt werden. Ich war mal auf einem Rummel in so etwas drin, dieser Simulator hat sich auch bewegt und es war ein geiles Gefühl damit zu fahren.

Mein Fazit aus dem Lehrgang ist, wir nehmen vom Schrottplatz ein paar gute gebrauchte Fahrzeuge für das Fahrsicherheitstraining, dann brauchen wir den Ma FEM nicht mehr in Bedrängnis bringen. Mit diesen Fahrzeugen können wir dann auch, ohne die Dienstfahrzeuge zu verschleifen, an die Grenzen der Fahrphysik gehen. Wir stattdessen den Fahrsimulator so aus, dass eine Einsatzfahrt unter Extrembedingungen realistisch dargestellt werden kann, ohne eine Brechtüte dabei haben zu müssen. Liebe Fahrtrainer, ich hoffe, das Land Thüringen und der Finanzminister hören mich, damit ihr uns auch weiter das vermitteln könnt, was im täglichen Verkehrswahnsinn Realität ist und wir als Polizeibeamte im Fahren immer besser sind als unser Gegenüber.

**Uwe Grundwald,
KG Nordthüringen**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Thüringen**

Geschäftsstelle:
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: (0361) 598950
Telefax: (0361) 5989511

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
LPI Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



AUS DEN KREISGRUPPEN

Neuwahl im Landeskriminalamt

Am 27. 11. 2013 fand im Landeskriminalamt die Wahlversammlung der Kreisgruppe des LKA statt. Der Einladung des Vorstandes folgte eine Vielzahl von Kreisgruppenmitgliedern, um ihre Meinung einfließen zu lassen. Der Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen, Herr Jakstat, ging in seinem Grußwort auf die Bedeutung der Berufsvertretungen in der Thüringer Polizei ein und wünschte der Veranstaltung sowie den Wahlen viel Erfolg.

Nach der Wahl einer Versammlungsleitung hatte der Vorstand die Gelegenheit, Rechenschaft über die Arbeit der vergangenen vier Jahre abzulegen. Hinzu kamen auch erste Hinweise und Anregungen für die zukünftige Arbeit. Die Berichte waren umfassend, und so wurde der alte Vorstand anschließend entlastet. Damit konnte mit der eigentlichen Neu-

wahl der Funktionen in der Kreisgruppe begonnen werden. Der bisherige Vorstandsvorsitzende Dirk Salzmann stellte sich nicht erneut zur Wahl als Kreisgruppenvorsitzender. Er bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für das Vertrauen und die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Bei den anschließenden Wahlgängen wurden die Kollegin Simone Orthaus zur neuen Kreisgruppenvorsitzenden sowie Dirk Salzmann als Stellvertreter gewählt. Alle Funktionen des Vorstandes wurden einstimmig gewählt und erhielten damit auch einen Vertrauensbeweis für ihre bis-



Gute Stimmung bei der Veranstaltung.

Foto: KG LKA

herige Tätigkeit in der Kreisgruppe. Die Grußworte des Kollegen Lutz Bernsdorf, der gemeinsam mit der Kollegin Marietta Lindner den geschäftsführenden Landesvorstand vertrat, rundeten diese gelungene Veranstaltung ab. Mit den Dankesworten der neuen Vorsitzenden Simone Orthaus wurde die Wahlveranstaltung beendet.

Vorstandswahlen in Jena

Jena (eg). Am 17. 12. 2013 wählte die Kreisgruppe der GdP ihren Vorstand neu. Kreisgruppenvorsitzende Kerstin Henniger konnte eine erfolgreiche Bilanz für die letzten vier Jahre ziehen.

Die Mitgliederzahlen haben sich positiv entwickelt. In allen Dienststellen und allen Bereichen innerhalb der Landespolizeiinspektion arbeiten Gewerkschaftsgruppen. Die einzelnen Gruppen hatten von Oktober bis Dezember neue Vertrauensmänner und -frauen gewählt. Kerstin Henniger beglückwünschte die neu- bzw. wiedergewählten Kolleginnen und Kollegen, wünschte ihnen viel Erfolg bei ihrer Arbeit und sicherte ihnen die Unterstützung des Kreisgruppenvorstandes zu.

Die Kreisgruppe hat eine Vielzahl von Veranstaltungen selbst durchgeführt bzw. sich an Veranstaltungen des Landesverbandes beteiligt. Dazu gehören besonders Aktionen zur Unterstützung der Tarifverhandlungen bzw. zur Übernahme der Tarifgeb-

nisse für die Beamten. Als Beispiele seien hier nur die Demo vor dem Thüringer Landtag in Erfurt am 14. 9. 2011 oder der Warnstreik mit anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 27. 2. 2013 in Jena genannt.

Wichtiges Anliegen der Kreisgruppe war auch die Anleitung der Vertrauensleute. Fast in jedem Jahr konnte eine Schulung der Vertrauensleute organisiert werden. In den zweitägigen Veranstaltungen wurden die gewerkschaftspolitische Situation und die weiteren Aufgaben diskutiert. Mit Vertretern der Signal-Iduna-Versicherung, mit welcher gemeinsam die GdP eine Polizeiversicherungsaktiengesellschaft (PVAG) betreibt, wurde besonders die Betreuung der dort versicherten Kolleginnen und Kollegen besprochen. Die Veranstaltungen wurden auch zu Exkursionen und zum besseren Kennenlernen genutzt.

Edgar Große überbrachte die Grüße des Landesvorsitzenden und -vorstandes und informierte über die aktuelle Situation auf Landesebene. Schwerpunkte seien dabei die Fortführung der Polizei- strukturreform, die Reform des Beamten-

rechtes und die Vorbereitung des Landesdelegiertentages im März 2014 und der Personalratswahlen im Mai.

Bei den anschließenden Wahlen wurde Kerstin Henniger als Kreisgruppenvorsitzende wiedergewählt. Sie wird unterstützt von Harald Smolinski und Edgar Große als Stellvertreter, Heiko Bauer als Schriftführer und Uta Eckhardt als Kassiererin. Die Teilnehmer beschlossen die Erweiterung des Kreisgruppenvorstandes um den Vorsitzenden der Seniorengruppe. Jürgen Fuhrmann wurde für diese Funktion gewählt. Daneben wurden die Vertreter der Personengruppen und Kommissionen auf Landesebene, die Delegierten für den nächsten Landesdelegiertentag und die Kassenprüfer gewählt.

„Wir haben eine gute Veranstaltung erlebt. Unsere Kreisgruppe wird auch in den kommenden vier Jahren ihre Aufgaben erfüllen. Wir wollen Bindeglied zwischen den Mitgliedern und dem Landesvorstand sein. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Mitgliederbetreuung“, mit diesen Worten schloss Kerstin Henniger die Veranstaltung.



Arm aber sexy – Stillstand = Rückschritt

Provokante Aussagen auf dem ostdeutschen Treffen der Jungen Gruppe

Am 8. und 9. 10. 2013 fand das 3. Ostdeutsche Treffen der Jungen Gruppen (GdP) statt. Zur Freude der teilnehmenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Brandenburg, Berlin, Sachsen und Thüringen wurde es in der schönen Hansestadt Rostock organisiert.

Wie immer konnten wir uns auf unser gewerkschaftliches Netzwerk verlassen. Die Unterkunft in Rostocks Altstadt, große Tagungsräumlichkeiten und eine – wie zu erwarten – gut gefüllte Tagesordnung ließen keine Wünsche offen ... Nach der obligatorischen Vorstellungsrunde und einem kurzen Willkommensgruß stand zunächst die Situation im Gastgeberland (M-V) im Vordergrund. Als es darum ging, mehr Wert auf die Betreuung der Mitglieder zu legen und damit auch notwendige Werbemaßnahmen zielführend an das zahlende GdP-Mitglied zu bringen, erntete der Landesvorstand Zustimmung.

Da man das Rad nicht neu erfinden kann, wurde auch vermehrt auf bereits erreichte Erfolge gesetzt. Wer will schon freiwillig seine „Freie Heilfürsorge“ abgeben ... – die GdP in M-V kämpft für die Erhaltung. Erfahrungswerte in M-V, nach denen sich auch andere Gewerkschaften (kein grüner Stern) gern in „gemachte Nester“ setzen, machen sich immer wieder besonders bei Demonstrationen bemerkbar. Man stellt sich also als Macher dar, um sich mit fremden Federn zu schmücken, obwohl man in M-V eine Minderheit darstellt. Das ist eine definitiv unschöne Art und Weise und lässt die Praxis aus Sachsen und Thüringen in einem ganz anderen Licht erscheinen.

In Thüringen und unserem Nachbarland Sachsen kommt es schon mal vor, dass Briefe, Flyer und allgemeine Veröffentlichungen von mehreren Gewerkschaften gleichzeitig gestützt und publiziert werden. Auf diese Art und Weise findet man mit Sicherheit mehr politisches Gehör und wird auch öffentlich als gefragter Partner ganz anders wahrgenommen. Es geht ja schließlich um das Wohl aller gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen, egal welche Farbe der Stern hat. Auch wenn hier in Thüringen von der GdP als größte Inter-

essenvertretung entschieden wird, wann und zu welchem Thema eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht wird, geht es letztendlich immer darum, das uns entgegengebrachte Vertrauen nicht zu enttäuschen, dem gerecht zu werden und an einem „Strick“ zu ziehen.

Aus Brandenburg kam die Anregung, über ein ganz besonders finanziell bedeutsames Thema in der GdP zu debattieren. Die „Materialschlacht“, der sich

das Bedürfnis geweckt haben, sich noch mehr mit den Angeboten der GdP und der Jungen Gruppe auseinanderzusetzen. „Klausuren und Prüfungen besteht man nicht mit Werbemitteln“, sondern mit Erfahrungswerten, Hinweisen und der Unterstützung im Gespräch mit älteren Kolleginnen und Kollegen. Auch die zielgerichtete Verteilung von aktuellen Informationen und ein Erfahrungsaustausch innerhalb der jeweiligen Kreisgruppe wurden als unverzichtbar ge-



Foto: JG

die Verantwortlichen alljährlich zur Neueinstellung und Mitgliederwerbung hingeben, wurde infrage gestellt. Die GdP kann sich hier ganz sicher auf ihr ohnehin sehr umfangreiches Mitgliederangebot berufen und den Neueinsteigern Jahr für Jahr eine gesunde Basis und eine zuverlässige Betreuung während des Berufseinstieges bieten. Wir müssen keine „Materialschlacht“ gewinnen. Wir investieren in nachhaltige Printmedien wie den Streifenführer, die Steuerbroschüre, die Tatort-Checkliste, die Waffenrechtskarte und in die Weiterbildung motivierter „zahlender GdP Mitglieder“. Dabei wird es ausschließlich darum gehen, den Anforderungen von Morgen noch fachkundiger entgegenzutreten zu können.

Die Vertreter aus Sachsen konnten aus den Erfahrungen der vergangenen Zeit berichten, dass gerade Gespräche vor Ort, besonders in den sächsischen Aus- und Fortbildungseinrichtungen

wertet. An dieser Stelle kommt den freiwilligen Vertrauensleuten und Multiplikatoren der Basis eine besondere Bedeutung zu.

Deshalb hat die GdP Thüringen zwei Termine zur gewerkschaftlichen Weiterbildung von Vertrauensleuten und Multiplikatoren vorgesehen. Die erste Veranstaltung fand bereits am 24./25. 1. 2014 statt. Eine weitere ist am 4./5. 4. 2014 geplant. Die einzelnen Kreisgruppen sind angehalten, interessierte Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle zu melden. Eine solche mit Sonderurlaub beantragte Weiterbildung bringt erfahrungsgemäß nicht nur sich selbst weiter, sondern leistet einen Beitrag zur gewerkschaftlichen Basisarbeit.

Auch in Berlin läuft gewerkschaftlich viel, aber eben noch nicht alles – so, wie man es sich wünscht. Freistellungen nicht zu nutzen oder mit nur 30 bis 40 Kolleginnen und Kollegen zu einer Demonstration zu gehen, erscheint uns als



JUNGE GRUPPE

unzureichend und unwirksam – so kann man sich nicht aktiv in Entscheidungsprozesse einbringen. Sind die Kollegen „satt?“ oder „geht es allen einfach immer noch zu gut?“, darf an dieser Stelle berechtigt gefragt werden. Auch hier wurde wiederholt die Tätigkeit rund um das Personalvertretungsgesetz mit gewerkschaftlich erworbenen Fähigkeiten in den Mittelpunkt gestellt. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung muss um Freistellungen kämpfen und diese zielgerichtet nutzen.

Nicht nur nach Meinung der Berliner Vertreter ist eine Mitwirkung bei der sogenannten „Bachelorisierung“ in den Bundesländern der dreigeteilten Laufbahn unabdingbar. Eine ganzheitliche Ausbildung (mittlerer Dienst – Erweiterung gehobener Dienst) wurde in Zusammenhang mit einem akkreditierten Modulfachhandbuch diskutiert, um vergleichbare Rechtssicherheit in Theorie und Praxis zu schaffen. Ein Ergebnis sollte sein, dass der mittlere Dienst nicht schwerpunktmäßig und praxisbezogen besser ausgebildet scheint, wie ein Vorgesetzter des gehobenen Polizeivollzugsdienstes nach dem Studium.

Zu dieser subjektiven Arbeitsgrundlage kam eine objektive Einschätzung über die flächendeckende Funktionsweise des neuen Digitalfunknetzes. Kurz: in einigen der neuen Bundeslän-

der gibt es das Digitalnetz schon länger, während es in anderen noch an Ausbaustufen fehlt. In Fußballstadien sind die Funkzellen schnell überlastet und es sind keine polizeilichen Abfragen mehr möglich. Auch Funkstörungen sind nicht ausgeschlossen. So wurde im vergangenen Jahr in einer ostdeutschen Stadt gezielt eine Funkzelle im Einsatzraum digital angegriffen und gestört, sodass über einen längeren Zeitraum eine Kommunikation unmöglich wurde. Fazit: Wer oder was sind Funklöcher?

Mensch“) kommt dem Thema der persönlichen Schutzausrüstung der Kollegen besondere Bedeutung zu. Tragisch waren die schweren Übergriffe auf die Davidwache in Hamburg am 29. 12. 2013, bei denen mehrere Kollegen von verummten Extremisten angegriffen und teilweise schwer verletzt wurden. Gerade in diesem Zusammenhang ist es kaum vorstellbar, dass noch 2009 notwendige Schutzwesten mit einer 50-prozentigen Zuzahlung zu beschaffen waren und dass es heute noch Kollegen gibt, die sich ihre Schutzweste (auch ohne Stichschutz) aus einem Pool holen und mit anderen teilen müssen. Eine Passgröße ist an dieser Stelle mehr oder weniger sekundär. Die brandenburgische Mannausstattung wurde als vergleichsweise positiv hervorgehoben: zwei Hersteller zur Auswahl, Schuss- und Stichschutz, mit taktischer Hülle (Funk o. Ä.) und Funktions-T-Shirts, drei Wechselbezüge, die auch zum darüberziehen der Weste geeignet sind ...

Berlin musste dem belustigend hinzufügen, dass es aus Gründen des „Titanmangels“ keine persönlichen Westen gibt. Nur in „besonderen Fällen“ wird eine persönliche Anpassung vorgenommen.

Was die einheitliche Anschaffung der Körperschutzausstattung (KSA) angeht, sind sicher noch einige Bundes-

Auch die Praxis in Sachsen lässt in diesem Zusammenhang zu wünschen übrig. Obwohl die Unterziehschutzwesten ohne Stichschutz einen nur unzureichenden Kompromiss darstellen, sollen Hüllen aus dem eigenen Geldbeutel finanziert werden. Fazit Schutzausrüstung: Arm aber SEXY.

Das sehr wichtige Thema der Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten im Dienst wird sehr unterschiedlich gehandhabt. In Thüringen wird, außer im geschlossenen Einsatz, ein Namensschild getragen. In anderen Bundesländern trägt man in geschlossenen Einsätzen eine fünfstellige Nummer, taktische Zeichen oder Helmsnummern. In M-V und Sachsen gibt es gar keine Individualkennzeichnung. Namensschilder werden hier freiwillig getragen. In Berlin hat man zum Beispiel die Wahl zwischen drei Nummern und dem Namen, wobei das Schild an sich natürlich nicht zur Uniformausstattung gehört. Fazit Kennzeichnungspflicht: hier im Osten ist die Pflicht eben noch freiwillig.

Es ist offensichtlich, dass es bei diesem kurzen Abriss von Problemen sehr viel Gesprächsbedarf gab und die Inhalte hier nur angerissen werden konnten. Arbeit gibt es also genug, wobei bemerkt werden muss, dass sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten durch unser Engagement schon viele Verbesserungen ergeben haben. Weiterhin müssen aber unhaltbare Zustände zur Sprache gebracht und in Angriff genommen werden.

Kleine Veränderungen können manchmal Großes bewirken und sind deshalb gerade für uns junge Leute so einschneidend und relevant. Wir sind diejenigen, die mitgestalten müssen, um zum Beispiel Tarifverhandlungen zu beeinflussen oder Verordnungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Gut zu wissen, dass man organisiert ist und im Problemfall seine Vertrauensleute auf dem „kurzen Dienstweg“ um Rat fragen kann. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse des Thüringer Landesdelegiertentages am 20./21. 3. 2014 und noch viel mehr auf unsere Bundesjugendkonferenz (BJK) vom 6. bis 8. 4. 2014 in Potsdam, die mit bis zu 200 Teilnehmern Politik macht. Eins vorweg – THÜRINGEN – ist gut aufgestellt ...

Hier noch zwei Veranstaltungstipps:
 – 10. 5. 2014 – Mitteldeutscher GdP-Kart-Cup in Limburg
 – 30. 5. bis 1. 6. 2014 – EWTO-Seminar (Eigensicherung ist kein Zufall II.)

Euer Vorstand JG



JUNGE GRUPPE

der gibt es das Digitalnetz schon länger, während es in anderen noch an Ausbaustufen fehlt. In Fußballstadien sind die Funkzellen schnell überlastet und es sind keine polizeilichen Abfragen mehr möglich. Auch Funkstörungen sind nicht ausgeschlossen. So wurde im vergangenen Jahr in einer ostdeutschen Stadt gezielt eine Funkzelle im Einsatzraum digital angegriffen und gestört, sodass über einen längeren Zeitraum eine Kommunikation unmöglich wurde. Fazit: Wer oder was sind Funklöcher?

In Zeiten steigender Gewalt gegen Polizeibeamte (GdP-JG-Aktion „Auch

länder im Verzug. Wir mussten natürlich feststellen, dass es eine untergeordnete Rolle spielt, ob der Einsatzbeamte schon „blau“ oder noch „grün“ darüber trägt. Wenn es allerdings wie in Berlin dazu kommt, dass nicht genug Geld für eine ausreichende Körperschutzausstattung bereitgestellt wird, muss das verkannte Sicherheits- und Verantwortungsbewusstsein des Dienstherren gegenüber jedem einzelnen neuen Kollegen angeprangert werden. Momentan muss der Beamte auch mit unvollständiger KSA in den Einsatz gehen.



Hilfsfristen und Fahrausbildung

Hilfsfristen für Polizei

Die Landtagsabgeordnete Martina Renner (Die Linke) hatte die Landesregierung zu Hilfsfristen bei der Polizei gefragt. Hinter dieser Hilfsfrist verbirgt sind die Alarmierungs-, Ausrück- und Fahrzeit, welche u. a. beim Rettungsdienst in Thüringen mit einer Hilfsfrist von allgemeinen 14 Minuten und in dünn besiedelten Gebieten von 17 Minuten festgelegt sind. Für den Einsatz der Polizei existiert bislang eine solche Hilfsfrist nicht.

Die Landesregierung antwortete dazu: „Für Einsätze der Thüringer Polizei ist eine verbindliche Normierung der Interventions- bzw. Reaktionszeiten nicht vorgesehen. Die polizeilichen Einsatzlagen unterscheiden sich in wesentlichen Merkmalen von denen des Rettungsdienstes. Im Gegensatz zu den regelmäßig gegenwärtigen Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit im Bereich des Rettungswesens umfassen polizeiliche Einsatzanlässe auch Aufschub gestattende Lagen. Die Komplexität und Vielfalt polizeilicher Aufgabenzuweisungen erfordern insbesondere bei parallel verlaufenden Lageentwicklungen eine kontinuierliche Beurteilung der Lage sowie den situationsangemessenen Kräfte- und Mitteleinsatz. In diesen Fällen gewährleisten dienstefährene und speziell geschulte Beamte ein effektives sowie effizientes Notruf- bzw. Einsatzmanagement. Von der Einführung des zentralen Notruf- und Einsatzmanagements in der Landeseinsatzzentrale der Landespolizeidirektion wird eine weitere Effizienzsteigerung erwartet. Im Unterschied zu den Rettungsdiensten und Feuerwehren beginnen die Einsatzfahrten der Streifenwagen in der Regel nicht von der Dienststelle, sondern aus dem Außendienst heraus. Insofern variieren die Anfahrstrecken und -zeiten. Aufgrund divergierender Einsatzstrukturen und -anlässe ist eine Vergleichbarkeit der Interventions- bzw. Reaktionszeiten im Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung nicht möglich.“ Die Landesregierung gibt damit zu verstehen, dass der Polizei keine verbindlichen Vorgaben in Bezug einzuhaltender Fristen nach Ein-

gang des Notrufs bis zum Einsatz der Polizei am Einsatzort vorgegeben werden.

Eine Erfassung der Interventions- bzw. Reaktionszeiten erfolgen zudem statistisch nicht. Die Landesregierung erwartet jedoch mit der Inbetriebnahme des zentralen Notruf- und Einsatzmanagements eine lageangepasste sowie landesweite Koordination des Kräfte- und Mitteleinsatzes eine erhebliche Verkürzung der polizeilichen Interventions- und Reaktionszeiten.

Fahrausbildung für Einsatzfahrzeuge

Die Landesregierung beantwortete auch die Fragen der gleichen Landtagsabgeordneten in Bezug zur Fahrausbildung mit Polizeieinsatzfahrzeugen.



Foto: Große

Auf die Anfrage zur Auflösung der Fahrausbildung in der Thüringer Polizei wurde geantwortet: „Es trifft nicht zu, dass die Fahrausbildung in der Thüringer Polizei aufgelöst werden soll. Vielmehr wurde mit der Einführung der Konzeption zum Einsatzfahrtraining der Thüringer Polizei am 1. Juli 2013 mit einer Neuausrichtung und Modernisierung der Fahrausbildung begonnen. Die im Rahmen der allgemeinen Fahrschulung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten werden nun verstärkt in zielgruppenorientierten Modulen des Einsatzfahrtrainings polizeispezifisch konkretisiert und gefestigt.“

Das Einsatzfahrtraining soll den Erwerb von Kompetenzen und die Sensibilisierung für verantwortungsbewusstes und situationsangemessenes Handeln stärken und dadurch zur Steigerung der aktiven Verkehrssicherheit beitragen.“

Für die polizeilichen Fahrzeugführer soll neben einer körperlichen und psychischen Fitness eine besondere Beherrschung des jeweiligen Einsatzfahrzeugs geprüft werden, um Personen- sowie Sachschäden weitestgehend auszuschließen. Dazu antwortet die Landesregierung wie folgt: „Die Überprüfung der Fahrtauglichkeit ist zunächst Bestandteil der Polizeiärztlichen Untersuchung gemäß der Polizeidienstvorschrift 300 im Rahmen der Einstellung für die Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst. Eine erneute Überprüfung der Fahrtauglichkeit findet im Zusammenhang mit der beamtenrechtlichen Untersuchung auf Eignung für die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit statt. Soweit konkrete Anhaltspunkte für die Annahme von Beeinträchtigungen der

körperlichen oder geistigen Fahrtauglichkeit bestehen, veranlasst der Dienstvorgesetzte eine entsprechende polizeiärztliche Untersuchung. Daneben gelten die Bestimmungen der Fahrerlaubnisverordnung. Turnusmäßige Untersuchungen zur Feststellung der Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen erfolgen im Rahmen der fahrerlaubnisrechtlichen Regelungen. Dies betrifft Inhaber der Fahrerlaubnisklassen C, CE, C1, C1E, D, DE, D1 und D1E. Gemäß § 23 Abs. 1

Satz 2 FeV wird die Fahrerlaubnis längstens für folgende Zeiträume erteilt:

- Klassen C1, C1E: bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres, nach Vollendung des 45. Lebensjahres des Bewerbers für fünf Jahre
- Klassen C, CE: für fünf Jahre
- Klassen D, D1, DE und D1E: für fünf Jahre

Gemäß § 24 FeV wird die Geltungsdauer der Fahrerlaubnis der o. g. Klassen auf Antrag des Inhabers jeweils um die oben angegebenen Zeiträume verlängert, wenn der Inhaber insbesondere seine Eignung und die Erfüllung der Anforderungen an das Sehvermögen nachweist. Eine Statistik über die Zahl der durchgeführten Untersuchungen zur Feststellung der Eignung zum Führen von Dienstkraftfahrzeugen liegt nicht vor.“



Gespräche unterm Weihnachtsbaum

Jena (jf). Am 10. Dezember 2013 hatte der Vorstand die Senioren der Kreisgruppe Jena zur Weihnachtsfeier eingeladen. Mehr als zwei Drittel der Senioren folgten der Einladung und verbrachten einen angenehmen Nachmittag im Speisesaal der ehemaligen IBAUPRO neben der LPI Jena.

Jürgen Fuhrmann begrüßte als Vorsitzender der Seniorengruppe die Gäste gemeinsam mit der Vorsitzenden der Kreisgruppe, Kerstin Henniger. Der Leiter der LPI und sein Stellvertreter waren ebenfalls eingeladen, konnten aber wegen dienstlicher Termine außerhalb Jenas nicht an der Veranstaltung teilnehmen.

So übernahm Edgar Große, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP, die Aufgabe, die ehemaligen Beschäftigten der Polizei über die Entwicklung der polizeilichen Lage in der LPI und über die Situation in der Gewerkschaft zu informieren.

Schwerpunkt war dabei die Umsetzung der Polizeistrukturreform.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, welch großes Interesse die ehemaligen Beschäftigten immer noch an der Polizei haben. Wie klappt das mit der neu geschnittenen LPI? Haben sich Stadtroda und Eisenberg als Dienststellen zusammengelebt? Wie funktioniert das mit der zukünftigen Landeseinsatzzentrale? Das waren nur einige Fragen, mit denen sich die Teilnehmer beschäftigten.

Danach war Zeit für Erinnerungen. Weißt Du noch? Wann war das doch gleich? Wie hieß der noch? Solche und ähnliche Fragen hörte man aus den vielen kleinen und größeren

Gruppen, in denen lebhaftes Gespräch geführt wurden. Für das leibliche Wohl der Senioren war gesorgt. Verantwortlich dafür waren Sigrid Große und Uschi Lämmerzahl. Sie wurden unterstützt vom Team von WE-Catering Jena. „Dank an alle, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben“, so Jürgen Fuhrmann bei der Verabschiedung der Teilnehmer.



Angeregte Gespräche mit alten Kollegen.

Foto: KG Jena

Jahresabschluss auf der Bowlingbahn

Saalfeld (SW). Am 16. 12. 2013 trafen sich die Bowling-Aktiven zum letzten Wettkampf des Jahres im Bowlingcenter Gorndorf/Saalfeld. Dabei konnten nochmal die Jahresbesten 2013 gewürdigt werden. Und gleichzeitig wurde zum Titelkampf 2014 geblasen.

Die Sieger und Platzierten in der Gesamtwertung des Jahres 2013 waren bei den Frauen Ute Klinger mit 130 Punkten, Regina Pohl mit 121 Punkten und Ursula Bork mit 106 Punkten. Bei den Männern waren es Peter Bork mit 160 Punkten, Siegfried Wäntig mit 159 Punkten und Gerhard Körner mit 124 Punkten.

Den Auftakt für 2014 machte bei den Frauen Christine Fische, gefolgt von Ursula Bork und Regina Pohl und bei den Männern Herbert Fischer, gefolgt von Manfred Roschlau und Peter Bork.

Nach den Anstrengungen des Wettkampfes ging es gemeinsam zu einem Jahresabschlussessen in die Gaststätte zum Bowlingtreff.

Die Seniorengruppe bedankt sich bei dem Organisator für Bowling, Erich Hüttenrauch, und im Besonde-

ren beim Team des Bowlingcenters mit dem Bowlingspezialisten Kai an der Spitze.



Impressionen vom Bowling

Foto: BHanft





Polizeiseelsorge in ...

... Sachsen-Anhalt

1994 haben das Land Sachsen-Anhalt, die Evangelische Kirchenprovinz Sachsen (jetzt Ev. Kirche Mitteldeutschlands) und die Landeskirche Anhalt den Polizeiseelsorgevertrag unterzeichnet. Das katholische Bistum Magdeburg ist später dazugekommen. Darin wurden folgende Aufgaben für die Polizeiseelsorge festgeschrieben: berufsethischer Unterricht an Fachhochschule Polizei, seelsorgerische Begleitung und Unterstützung von Bediensteten in der Polizei. Begleitet wird die Arbeit der Polizeiseelsorger durch den Polizeiseelsorgebeirat, in dem Vertreter aus jeder Behörde/Einrichtung und die regional zuständigen Polizeiseelsorger mitarbeiten. Die drei Kirchen finanzieren aus ihrem Budget insgesamt 3,5 Stellen, die sich auf sechs Personen verteilt.

Polizeiseelsorge begleitet Polizeiarbeit in kritischer Solidarität. Hilfe zur Deeskalation von Gewalt und Vermittlung in den unterschiedlichsten sozialpolitischen Kontroversen ist Teil eines friedensstiftenden Inhalts kirchlicher Arbeit in der Gesellschaft. Dies geschieht z. B., indem die Polizeiseelsorge innerhalb der Polizei vermittelnd tätig wird oder politische Kontrahenten miteinander ins Gespräch bringt. Die Polizeiseelsorger sind dabei in „erster Linie“ für die Polizeibeamten da.

Das Angebot von Einzelgesprächen, wenn es dienstliche oder private Probleme gibt, ist für alle Kollegen offen. Sie sind absolut vertraulich und stehen unter dem Schutz des Seelsorgegeheimnisses und des Zeugnisverweigerungsrechts vor Gericht.

Die Sichtweise von Ethik ins Gespräch des Polizeialltags zu bringen, ist eine weitere Aufgabe der Polizeiseelsorge. Polizeiseelsorger bieten zentrale und dezentrale Fortbildungseminare an.

Die beiden internen Polizei-Kriseninterventionsteams (Kollegen begleiten Kollegen in belastenden Einsätzen) werden durch Polizeiseelsorger ausgebildet und geleitet. **Thea Ilse**

... Thüringen

Im Jahr 1995 hat der Freistaat Thüringen mit der katholischen und mit der evangelischen Kirche Vereinbarungen über die Wahrnehmung der Seelsorge und des berufsethischen Unterrichts in der Polizei geschlossen. Die Polizeiseelsorge versteht sich dabei als ein besonderer kirchlicher Dienst an den Polizeibediensteten.

In der Konzeption des Innenministeriums zur Polizeiseelsorge heißt es dazu: „Unter Seelsorge im weiteren Sinne ist das Zuhören, Mitfühlen, Verstehen, Bestärken und Trösten zu verstehen, welches der eine Mensch dem anderen gewährt. Polizeiseelsorge wendet sich einer Berufsgruppe zu, die mit Gewalt, Angst, Elend und Schuld besonders stark konfrontiert ist. Sie will Polizisten helfen, damit zu leben und bedarf besonderer Fachkenntnisse. Die Polizeiseelsorge versteht sich dabei als Lebenshilfe für Polizeibedienstete. Sie umfasst den Glaubensalltag ebenso wie die Sorgen, Verzweiflung und Nöte der Polizeibediensteten. Die Polizeiseelsorge richtet sich an die Menschen, unabhängig von religiöser und kirchlicher Bindung.“

In Thüringen gibt es derzeit zwei Landespolizeipfarrer, Michael Zippel von der evangelisch-lutherischen und Karl-Josef Wagenführ von der katholischen Kirche. Sie werden unterstützt von 14 evangelischen Pfarrern aus ganz Thüringen, die regional arbeiten.

Ein Polizeiseelsorgebeirat berät die Landespolizeipfarrer sowie die Behörden und Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei in Fragen der Polizeiseelsorge. Die Mitglieder des Polizeiseelsorgebeirates stehen daneben als örtliche Ansprechpartner der Polizeiseelsorge zur Verfügung. Im Beirat arbeiten derzeit 16 Bedienstete aus allen Behörden und Einrichtungen der Thüringer Polizei mit. Die Polizeipfarrer bieten daneben berufsethische Seminare an.

Edgar Große

... in Sachsen

Die Polizeiseelsorge besteht in Sachsen seit 1996 und wurde durch einen Vertrag zwischen dem Staatsministerium des Innern und den evangelischen Landeskirchen bzw. katholischen Bistümern im Freistaat begründet. Mit diesen Unterschriften wurde nicht nur die Teilfinanzierung der geistlichen Stellen durch den Freistaat Sachsen beschlossen, sondern auch ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit der Polizeiseelsorge als unabhängiges Instrument und als Ergänzung der sozialen Hilfe (z. B. Dezentrales Beratungsteam) abgegeben. Mit diesem Schritt konnte die seelische Betreuung der Polizeibediensteten und deren Angehörigen festgeschrieben werden. Gleichzeitig bekannte man sich zu einer ethischen Ausrichtung in der Polizei, welche z. B. im Fach Berufsethik in der Ausbildung der Polizei einfließt. Ebenso erkannte man, dass die absolute Anerkennung des Beichtgeheimnisses als notwendiges Mittel für die Betreuung und die daraus folgende Untersagung der Berichtspflicht ein maßgeblicher Garant für den Erfolg sind.

Im gesamten Freistaat verteilt erfüllen derzeit circa zehn Geistliche und eine Reihe Ehrenamtliche die Aufgabe der Polizeiseelsorge, wobei das Hauptaugenmerk auf die Begleitung der Polizeibediensteten im Dienst und deren kompetente Entlastung und nicht auf der Konfession liegt.

Schnell passiert es, dass ein Polizeibediensteter in einen seelischen Zwiespalt gerät oder den Anforderungen des Dienstes nicht gewachsen ist, wenn beispielsweise eine Todesnachricht zu überbringen ist. Auch kann es passieren, dass er aus der „Schusslinie“ genommen werden muss und jemanden benötigt, an den er sich vertrauensvoll wenden kann, um sich mit der hohen Belastung nicht allein zu fühlen. Genau hier ist die Arbeit der Polizeiseelsorge anzusiedeln und bringt moralische und seelische Unterstützung. **Jan Krumlovsky**

